

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.019.409

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)520/J-NR/2020

Wien, am 10. März 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Rosa Ecker, MBA, Kolleginnen und Kollegen haben am 10. Jänner 2020 unter der Nr. **520/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „aktueller Status bei der Bund-Länder-Vereinbarung für die Kinder- und Jugendhilfe“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir von der Fachsektion vorgelegten Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 6:

- 1. Ist ihrem Bundesministerium der aktuelle Stand der oben genannten Umsetzung bekannt?
- 2. Wird die Umsetzung mit dem Ziel der Vereinheitlichung der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Bundesländern von ihrem Bundesministerium in irgendeiner Art und Weise begleitet und unterstützt?
- 3. Gibt es mit dem Ziel der Vereinheitlichung derzeit eine (oder mehrere) befassete Arbeitsgruppen?
 - a. Wenn ja, ist ihr Bundesministerium bisher involviert, in welcher Art und Weise und wie ist der Informationsstand dazu?
 - b. Wird diese dann in die Taskforce übergeleitet?

c. Wenn ja und ihr Bundesministerium ist derzeit noch nicht involviert, könnten sie zur positiven Umsetzung Anregungen geben und unterstützend beitragen?

d. Wenn nein, ist die Einrichtung einer unterstützenden Arbeitsgruppe geplant?

- *4. Ist die Formulierung "unentgeltlich" ein Hinderungsgrund für eine adäquate arbeits- und pensionsrechtliche Anstellung für die Tätigkeit der Pflege und Erziehung?*
- *5. Wenn ja, ist eine andere schriftliche Festlegung möglich? Gäbe es ein Berufsbild, das zutreffend wäre und eine entsprechende Einstufung ermöglicht?*
- *6. Wie ist der Vorschlag ihres Bundesministeriums betreffend der Reparatur des gesetzlichen Anspruches auf Kindererziehungsgeld/Karenzgeld für Krisenpflegeeltern?*

Die Beantwortung dieser am 10. Jänner 2020 eingebrachten Anfrage fällt nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes in der Fassung der Bundesministeriengesetz-Novelle 2020, BGBl. I Nr. 8/2020, nicht in meine Zuständigkeit.

Ich verweise auf die Zuständigkeit der Frau Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend und deren Beantwortung der vom Herrn Bundeskanzler weitergeleiteten Anfrage Nr 551/J.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass der (damalige) Verfassungsdienst im Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz in den Abschluss der anfragegegenständlichen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwar formal involviert, aber für die hier gegenständlichen Umsetzung nicht zuständig war.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

